

Im Blickpunkt

Ausgabe März 2014

Die CDU Finnentrop informiert

Aus dem Inhalt

Europawahl



Dafür steht die CDU



Straßennamen in Bamenohl

Einwohner- versammlungen



Kandidaten für die Kommunalwahl



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



kaum ein Thema wurde in den letzten Wochen in der Gemeinde Finnentrop so viel diskutiert, wie die Umbenennung von Straßennamen in Bamenohl. Leider aber ausschließlich unter der Prämisse: entweder ihr benennt die Straßen um oder ihr seid dumm und rechtsextrem. Dass es aber auch anders geht, zeigt ein Artikel in dieser Ausgabe. So existiert in großen Teilen der neueren Geschichtswissenschaft der Trend, Straßen, Wege und Plätze eben nicht umzubenennen. Immer häufiger empfehlen Historiker den Politikern, belastete Namen beizubehalten und so eher eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Thema zu ermöglichen.

Nicht minder diskutabel erscheint das Vorgehen der Landesregierung, mit der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes mal wieder einseitig Fakten schaffen zu wollen. Nicht hinnehmbar wäre es, wenn durch landesplanerische Entscheidungen dem ländlichen Raum erneut Entwicklungsmöglichkeiten zu Gunsten der Städte genommen werden. Wir kennen ja schon länger die Gewichtungen in anderen Bereichen: so ist im Gemeindefinanzierungsgesetz nicht jeder Einwohner gleich viel wert. Der auf dem Land, in Kommunen mit bis zu 25.000 Einwohnern, zählt noch mit 100 %, der in Großstädten aber mit bis zu 148 %. Und danach wird dann abgerechnet und die kleinen Kommunen auf dem Land gucken in die Röhre.

Der Landesentwicklungsplan hat es ja mit einer anderen Zielrichtung gerade in den letzten Wochen vermehrt in die Schlagzeilen geschafft. Unter der Überschrift „Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile“ sollen alle Orte unter 2.000 Einwohnern nach dem Willen von Rot-Grün nicht mehr wachsen. In der Gemeinde Finnentrop haben wir 42 Ortsteile, von denen 39 unter diese neue Bestimmung fallen würden.

Wir als CDU möchten jedoch nicht sehenden Auges unserer Entwicklungschancen beraubt werden und haben daher schon Ende letzten Jahres die Verwaltung beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Stellungnahme für die Gemeinde Finnentrop abzugeben. Dies geschah im Übrigen im Rat damals einstimmig.

Dass jetzt mal wieder eine Fraktion ihre Meinung ändert und nur noch im Zentralort investieren will, überrascht den Interessierten nur noch wenig. Die CDU jedenfalls steht nach wie vor für eine gleichberechtigte Entwicklung aller Ortsteile der Gemeinde Finnentrop. Darauf können Sie sich verlassen.

Ihr

Vorsitzender CDU-Gemeindeverband



CDU

www.cdu-finntrop.de



Liebe Wählerinnen und Wähler,

Dr. Peter Liese MdEP

am 25. Mai finden bei uns nicht nur die Kommunalwahlen, sondern auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Hierfür bewerbe ich mich erneut, um auch in den kommenden 5 Jahren die Interessen der Menschen in Fin-

nentrop und in ganz Südwestfalen zu vertreten. Gemeinsam mit unseren lokalen CDU-Politikern haben wir sehr gute Argumente dafür, dass alle Stimmen an die CDU-Kandidaten vergeben werden, denn wir haben vor Ort und in Europa gemeinsam viel für die Menschen erreicht.

Es ist uns gemeinsam gelungen, dass EU-Wirtschaftsfördermittel nicht mehr nur ins Ruhrgebiet vergeben werden können, sondern auch im ländlichen Raum, den Kreis Olpe und nach ganz Südwestfalen. Insgesamt erhielten Firmen und Institutionen im Kreis Olpe mehr als 7,5 Millionen Euro an EU-Mitteln. Vor wenigen Monaten erst haben wir in Brüssel beschlossen, dass dies auch in den nächsten Jahren weiter möglich ist. Jetzt ist die Landesregierung am Zug den Beschluss umzusetzen. Wir brauchen Chancengleichheit für den ländlichen Raum und keine einseitige Bevorteilung des Ruhrgebiets, wie es Sozialdemokraten jahrzehntelang gemacht haben, bis die Regierung Rüttgers für Chancengleichheit gesorgt hat.

Auch zur Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum haben wir andere Rezepte als Sozialdemokraten, Grüne und Linke. Wir wollen den von unserer Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Weg des "fördern und fordern" weitergehen. Hilfeleistungen darf es nur für die Länder geben, die europäische Sparvorgaben und Bedingungen einhalten. Wir treten für einen stabilen Euro ein und arbeiten daran, dass die EU eine Stabilitätsunion und keine Schuldenunion wird, wie es das Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linken fordert. Ein Scheitern des Euro würde Deutschland vor unkalkulierbare Risiken stellen. Gerade Südwestfalen als exportorientierte Region würden darunter leiden. Der Weg den die Bundesregierung und die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament eingeschlagen haben, trägt erste Früchte. Populismus von rechts und Vorschläge nach einer Schuldenvergemeinschaftung von links gefährden diesen Weg und führen zu höheren Zinslasten, Arbeitsplatzabbau und Wirt-

schaftskraftverlust auch und gerade bei uns in Südwestfalen.

Wir wollen ein starkes und bürgernahes Europa und setzen uns erfolgreich gegen unnötige Bürokratie ein, so z. B. gegen den Vorschlag, dass junge Menschen eine Krankenpflegeausbildung in Zukunft nur noch beginnen können wenn sie Abitur haben. Auch die Regulierung von Salz im Brot und das Verbot von wiederbefüllbaren Ölkännchen in Restaurants konnten wir erfolgreich verhindern.

Wir stehen für eine Union, die wertebunden ist. So haben wir beispielsweise erreicht, dass es in Europa keine Patente auf menschliche Lebewesen gibt. Wir sind für Forschung und technologischen Fortschritt, aber die Menschenwürde muss Vorrang haben.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode keine neuen Beitritte zur Europäischen Union. Rumänien und Bulgarien haben wir zu früh in die EU aufgenommen. Die CDU/CSU-Gruppe hat gegen die Aufnahme gestimmt und wir werden in den nächsten Jahren die Frage zu entscheiden haben, ob die Türkei Mitglied der EU wird. Ich vertrete die Meinung, dass dies der falsche Weg ist. Wir wollen eine enge Partnerschaft, aber keine Vollmitgliedschaft zur Europäischen Union.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geht es also um sehr konkrete Themen, die die Menschen in Finnentrop direkt betreffen. Unsere Politik ist nicht abstrakt, sondern hilft den Menschen konkret und daher bitte ich Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und um alle Stimmen für die CDU.

Ihr *Peter Liese*

Mehr Informationen finden Sie unter www.peter-liese.de/ / www.facebook.de/peter.liese

Machen Sie Ihr Kreuz zu Hause.

Jetzt Briefwahl beantragen.

Mehr Informationen unter cdu.de/briefwahl

 **CDU**
Gemeinsam erfolgreich in Europa.

Dafür steht die CDU in der Gemeinde Finnentrop

Nicht selten hört man ja Aussagen wie: „Ich weiß gar nicht, wen ich wählen soll. Das ist ja eh alles gleich!“. Gerade die Anträge und Ausführungen der letzten Wochen zeigen jedoch ganz deutlich, wer für etwas steht - und wer nicht. Hier einige Beispiele:

Entwicklung der Ortschaften

„...ist dies der fehlerhaften Prioritätensetzung geschuldet, die über die letzten Jahrzehnte fälschlicherweise nicht die Entwicklung einer Zentralität in den Vordergrund gestellt hat, sondern mit dem Gießkannenprinzip versuchte, die dezentralen Lagen gleichberechtigt zu bedienen (...) Stattdessen werden Dorferneuerungsmaßnahmen in Weringhausen, Schöndelt und Schönholthausen geplant. (...) Die Investitionen in den Ortsteilen sind mit (...) der zukünftigen Landesentwicklungsplanung nicht vereinbar.“
(FÜR Fraktion, 10.12.2013)

Dies ist die Position der CDU dazu:

Wir stehen schon seit Jahren und Jahrzehnten für eine gleichberechtigte Entwicklung aller Ortsteile der Gemeinde. Wir unterstützen eine nachhaltige und zukunftsbeständige Entwicklung unserer Dörfer als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume.



Die Sicherung bzw. Wiederherstellung der örtlichen Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und die Erhaltung bzw. Erneuerung

ortsbildprägender Bausubstanz und Siedlungsstrukturen ist uns ein Anliegen. Durch das Aktions- und Förderprogramm „Leben im Herzen unserer Dörfer“ unterstützen wir genau solche Bauvorhaben schon seit einigen Jahren mit finanziellen Mitteln.



Panoramaansicht Schliprüthen

Darüber verlieren wir aber niemals den Zentralort aus den Augen. Gerade in Finnentrop selber ist in den letzten Jahren immer wieder investiert worden. Der gesamte Umbau der Tallage sowie Investitionen in Schulen und Sportangebote kommen hier allen Einwohnern der Gemeinde zu Gute.

Übrigens: Kaum wechselt ein Ratsmitglied die Fraktion, scheinen sich auch die Ansichten zu ändern. Kritisierte ein vormaliger Angehöriger unserer Fraktion in der Vergangenheit stets, dass angeblich zu viel im Zentralort investiert wird und zu wenig in den übrigen Orten, hört sich das ja jetzt genau anders an: **nur noch in Finnentrop selber soll investiert werden und nicht mehr in den Orten. Das ist mit uns nicht zu machen!**

Löschgruppe Finnentrop und Rettungswache



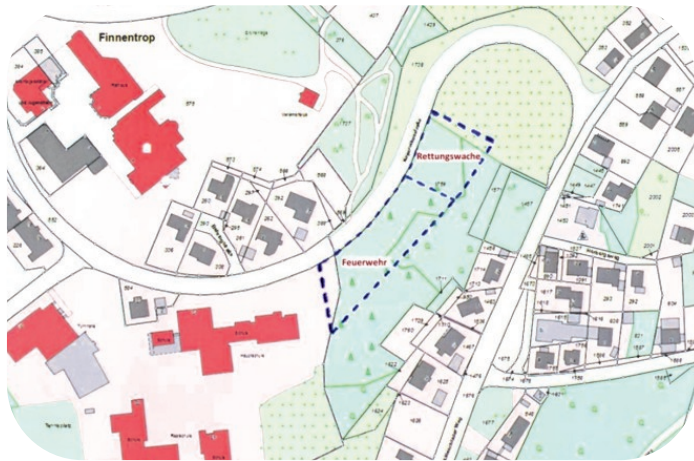
Feuerwehrgerätehaus in Finnentrop

„In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf den 2011 von uns eingebrachten Antrag erinnern, der eine Nutzung des bis heute leerstehenden Busdepots an der L539n für die Feuerwehr vorsah. Durch die Nutzung dieses heute noch bestehenden Gebäudes hätte man ein nicht unerhebliches Einsparpotenzial erzielen können.“
(FÜR Fraktion 10.12.2013)

Die CDU befürwortet den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Finnentrop - und zwar zusammen mit dem Neubau einer Rettungswache des Kreises Olpe.

Feuerwehrgerätehaus und Rettungswache sind an ihren jetzigen Standorten nicht mehr zeitgemäß: so entspricht weder die Unterbringung der Kameraden aktuellen Standards, noch besteht überhaupt eine Möglichkeit, in Zukunft neue Feuerwehrfahrzeuge in den bisherigen Garagen unterzubringen - sie sind schlichtweg zu klein.

Zurzeit stehen zwar die letzten Untersuchungen noch an, das jetzt vorgesehene Gelände neben der Hauptschule an der Kopernikusstraße scheint jedoch grundsätzlich geeignet.



Standort neues Feuerwehrhaus

An diesem Standort - an der „Grenze“ zwischen den Orten Finnentrop und Bamenohl - ist eine mögliche Fusion der Löschgruppen perspektivisch denkbar. An dem von der FÜR-Fraktion favorisierten Standort des ehemaligen Busdepots ganz sicher nicht. Man überlege sich nur einmal die Anfahrt durch Bamenohl und ganz Finnentrop, über die neue Brücke den halben Weg zurück zum Depot und erst dann zum eigentlichen Einsatzort.

Der jetzt angedachte Standort erscheint da wesentlich sinnvoller und die Verbindung mit der Rettungswache ist ein Gewinn für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger - und das für Jahre und Jahrzehnte.

Löschgruppe Bamenohl und Jugendfeuerwehr

„Der Rat der Gemeinde Finnentrop beauftragt die Verwaltung, den Planungsauftrag für das neue Feuerwehrgerätehaus so auszurichten, dass eine Zusammenführung der Löschgruppen Finnentrop und Bamenohl nach Fertigstellung des Gebäudes erfolgt. (...)

Der demographische Wandel geht auch an den Feuerwehrlöschzügen nicht vorbei. Daher wäre es sinnvoll, die Jugendfeuerwehren der Löschgruppen Finnentrop und Bamenohl

zusammen auszubilden und zu fördern und somit eine leistungsstarke Löschgruppe dauerhaft vor Ort zu haben.“
(UWG Fraktion, 17.11.2013)

Die CDU wird keine zwangsweise Fusionierung von Löschgruppen vorantreiben.

Wir schätzen das ehrenamtliche Engagement aller Feuerwehrangehörigen und sind uns sicher, dass die Beteiligten selber am besten erkennen, wann der Zeitpunkt für ein Zusammengehen sinnvoll ist. Die Planungen jedenfalls werden schon jetzt so optimiert, dass die räumlichen Voraussetzungen für eine Fusion gegeben sind.

Im Übrigen: durch das Aufgeben eines modernen Feuerwehrgerätehauses in Bamenohl stoße ich ja nicht nur die dortigen Ehrenamtlichen vor den Kopf - ich spare auch keinen Cent. Das Gebäude wird noch mit einem durchaus nennenswerten Betrag in den Büchern der Gemeinde geführt und somit muss auch weiterhin eine jährliche Abschreibung erwirtschaftet werden. Könnte ein Ratsmitglied durchaus wissen, wenn man solche Anträge stellt.

Erst Recht sollte man wissen, dass die Jugendfeuerwehr in der Gemeinde Finnentrop längst löschgruppenübergreifend arbeitet. So besteht die Jugendfeuerwehr schon seit Jahrzehnten aus mehreren Jugendgruppen organisiert im Fretter- und im Bigge-Lennetal. Die Gruppen sind nach Alter aufgeteilt und üben unter der Leitung von erfahrenen Kameraden in wechselnden Gerätehäusern. Sie setzen sich also schon jetzt aus Angehörigen verschiedener Löschgruppen zusammen. Wer also allen Ernstes im Jahr 2013 noch beantragt, dass die Jugendlichen von zwei Löschgruppen doch besser zusammen üben sollten, beweist nicht unbedingt größten Sachverstand.



Jugendfeuerwehr Gemeinde Finnentrop

Straßennamen in Bamenohl

Eine Antwort

Von Achim Henkel

Die Ausgabe 4/2013 der Heimatstimmen des Kreisheimatbundes Olpe veröffentlicht auf den Seiten 388 ff. einen Artikel des Beisitzers im Vorstand, Hubertus Halbfas.

U. a. überschrieben mit „**Eine Rückfrage**“ werden in dem Schriftsatz zwei Namensgeberinnen von Straßen in Bamenohl als „Nazi-Größen“ und „prominenteste Vertreterinnen des Nationalsozialismus“ im Sauerland bezeichnet. In Konsequenz ließe sich ein Fortbestehen der Straßennamen „nur als unsägliche Ignoranz und politische Einfalt oder aber als braunes Bekenntnis verstehen.“

Ungefähr vor einem Jahr habe ich erstmals eine Mail des Leiters des Christine-Koch-Mundartarchivs in Eslohe, Peter Bürger, erhalten. In der Mail wurde über neueste Erkenntnisse in der Forschung über Heimatdichter berichtet und um eine Umbenennung nach ihnen benannter Straßen gebeten.

Das nun folgende Prozedere ist den meisten Lesern durch die mediale Aufbereitung in den Grundzügen bekannt: nach erster Thematisierung in den politischen Gremien der Gemeinde Finnentrop und Information der Anwohner gab es eine repräsentative Anzahl an Rückmeldungen: die Bewohner wünschten sich mit überwältigender Mehrheit die Beibehaltung der Namen. Diesem Votum entsprach der Rat der Gemeinde Finnentrop einstimmig.

In der Folgezeit gab es bis zum Erscheinen des eingangs genannten Artikels keine weitere öffentliche Debatte - zumindest nicht in Finnentrop. In anderen Städten in Deutschland sehr wohl. Und während es in einigen Fällen zu Namensänderungen kam, votierten in anderen Fällen Betroffene genau so wie in Bamenohl auch.

So schrieb der Kommentator der WAZ-Medien-Gruppe, Frank Steng, schon am 03.02.2013 unter der Überschrift „**Gegen arrogante Geschichtspolitik: Ein Essener Stadtteilparlament wollte zwei Straßen umbenennen, weil SPD, Linken und Grünen auffiel, dass die namensgebenden Ge-**

neräle zur Demokratie ein sehr zwiespältiges Verhältnis hatten. Das war leider im Kaiserreich und in der Weimarer Republik nicht gerade selten. Von der Umbenennung betroffene Bürger erzwangen dennoch einen Bürgerentscheid. Ihnen ging es weniger um die Ehrenrettung von Generälen, sondern um den Erhalt vertrauter Straßennamen. Sie wandten sich aber auch gegen eine arrogante Geschichtspädagogik, die sauber in Gut und Böse trennen will und die Komplexität historischer Zusammenhänge mit einem Überschuss allzu schlichter Moral zu vereinfachen versuche.

Die Bürger in Essen haben mit respektabler Wahlbeteiligung und klarer Mehrheit für eine gewisse Versöhnung mit der deutschen Geschichte votiert. Politische Verbrecher egal welcher Couleur gilt es selbstredend weiter zu ächten. Ansonsten aber kennen das Leben und die Politik viele Grautöne - und zwar auch schon damals.“

Ein Einzelfall? Nein, zeigen uns doch die Debatten landauf landab, dass dieses Thema sehr kontrovers diskutiert wird. Nicht nur im benachbarten Hochsauerland, wo sich bereits zwei Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit der möglichen Umbenennung von Straßen gebildet haben.

In Niedersachsen gibt es zurzeit eine Diskussion über den Platz vor dem Landtag, der den Namen des ersten Ministerpräsidenten nach dem Krieg trägt. Auch hier gibt es jüngere Forschungsergebnisse, wonach sich der Politiker in der NS-Zeit an jüdischem Eigentum unrechtmäßig bereichert haben soll. Alle Fraktionen des Landtags waren für eine Namensänderung und beauftragten ein Kollegium von Historikern zur Legitimation ihres Vorgehens. Aber siehe da: die „Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen e.V.“ bestätigte zwar die gegen den Namensgeber vorgebrachten Vorwürfe, empfahl jedoch die Beibehaltung der Ehrungen des ersten Ministerpräsidenten durch Benennung von Schulen, öffentlichen Plätzen und Straßen.

Ganz offensichtlich gibt es in großen Teilen der Geschichtswissenschaft den Trend, Straßen, Wege, Plätze und Schulen eben nicht umzubenenen. Nicht selten empfehlen mittlerweile Historiker den Politikern, solche Namen beizubehalten und so viel eher eine kri-

tische Auseinandersetzung mit diesem Thema zu ermöglichen.

Ganz deutlich wird das in einem Aufsatz des Berliner Geschichtswissenschaftlers Martin Sabrow in „Der Spiegel“, Ausgabe 6/2014. Der Direktor des renommierten Zentrums für zeithistorische Forschung in Potsdam und Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin wird unter der Überschrift „**Historischer Exorzismus**“ über mehrere Seiten „über Redlichkeit im Nationalsozialismus, Gerechtigkeit gegenüber Antisemiten und Debatten über Straßennamen in deutschen Städten“ interviewt. Auszüge:

Sabrow: „...Wenn wir das akzeptieren, kommen wir zu einer Vorstellung von einer Erinnerungskultur, die in der Lage ist, mit Brüchen umzugehen und diese nicht glattzubügeln.“

Spiegel: Im Augeblick ist das Gegenteil zu beobachten. (...) Überall in der Republik werden Straßen umbenannt und Personen aus dem öffentlichen Gedächtnis getilgt. Allein Hannover will 400 Namen überprüfen.

Sabrow: Wir erleben seit längerem eine Veränderung der Mentalität in unserer Gesellschaft: das Ende der Heroisierung und den Übergang zu einer opferorientierten Gesamtsicht. Sie können heute jede geschichtspolitische Maßnahme damit rechtfertigen, dass andernfalls die Opfer verhöhnt werden. Das ist die derzeit dominante politische Kultur. Und dazu gehört die Überzeugung, man müsse Stadtbilder reinigen.

Spiegel: Was Sie nicht richtig finden?

Sabrow: Ich finde es interessanter und auch ehrlicher, sich mit den Traditionsbeständen auseinanderzusetzen, als diese zu tilgen. Wir betrieben historischen Exorzismus, wenn wir uns der öffentlichen Erinnerung an alle Personen entledigten, die wir als Belastung des Gemeinwesens und unserer Werte begreifen.

Spiegel: Müssen wir also die Namen von Nazis im Stadtbild ertragen?

Sabrow: Natürlich hat unser Gemeinwesen Anspruch darauf, im Stadtbild nicht von undemokratischen Wertevorstellungen umzingelt zu werden. Allerdings macht es für mich einen Unterschied, ob man sich wie in den siebziger Jahren für die Umbenennung von Kasernen einer Bundeswehr engagierte, die ungerührt an der Ehrwürdigkeit von Weltkriegsgenerälen festhielt, oder heute gegen Straßennamen angeht, die niemandem mehr Programm sind. Diese Befreiung durch Reinigung hat etwas Billiges.“

Spiegel: Aber es gibt doch Grenzen, oder würden Sie eine Adolf-Hitler-Straße hinnehmen?

Sabrow: Da hilft die von dem Juristen Gustav Radbruch entwickelte Formel: Das geltende Recht ist zu akzeptieren, es sei denn, es tritt in einen himmelschreienden Gegensatz zur empfundenen Gerechtigkeit. Ein Beispiel: Berlin Friedrichshain hieß in der NS-Zeit Horst-Wessel-Stadt, benannt

nach dem SA-Mann Wessel. Niemandem wäre zuzumuten, dort zu wohnen (...).

Und weiter:

Sabrow: „...Ich begreife Straßennamen nicht als heldische Accessoires, sondern sehe in ihnen vielmehr eine Art Gedächtnisspeicher der auch Irritationen provozieren darf.“

Spiegel: Gilt das auch für die Namen von Schulen?

Sabrow: Auch für Schüler ist es doch interessanter, die Komplexität der Vergangenheit am Beispiel des Namenspatrons zu diskutieren. Wir erreichen dann mehr, als wenn wir die Vergangenheit in einen Spiegel der Gegenwart verwandeln. Müssten wir dann nicht auch gegen Martin-Luther-Krankenhäuser und Theodor-Fontane-Schulen angehen? Was für eine Galerie von Antisemiten!

Spiegel: Sind Reinigungskampagnen nicht legitim?

Sabrow: Reinigungskampagnen haben höhere Legitimität, wenn sie nach historischen Umbrüchen erfolgen wie etwa nach 1945 oder 1989. Zäsuren machen Symbole anstößig, die es vorher nicht waren.

Spiegel: Wer entscheidet darüber, was anstößig ist? Wissenschaftler wie Sie?

Sabrow: Nein, das entscheidet die Gesellschaft. Als Historiker will ich die Erinnerungskultur nicht normieren, sondern verstehen, was mit uns geschieht, wenn solche Reinigungskampagnen mitten in einer Epoche und ohne vorausgehende Zäsur auftreten.“

Der Historiker Götz Aly schrieb schon am 26.03.2012 in einem Kommentar für die Frankfurter Rundschau unter der Überschrift „**Straßennamen - gute und böse Zeitzeugen: Umbenennen? Straßennamen sind geronnene Geschichte. Von Ausnahmen abgesehen, sollten sie wie Friedhöfe und Bauwerke als Dokumente vergangener Zeit begriffen werden - in dieser oder jener Weise lehrreich.**“

Das alles denken und schreiben also anerkannte Experten auf diesem Gebiet. Und das alles genau zu der Zeit, als hier bei uns in Finnentrop, initiiert durch selbst ernannte Spezialisten, nur eines diskutiert wird: entweder ihr benennt die Straßen um oder ihr habt keine Ahnung und gehört in die ganz rechte Ecke.

Schade, zeigen uns doch die Beispiele anderer Städte und insbesondere die neuesten Erkenntnisse der Geschichtswissenschaften, dass es auch anders gegangen wäre: ein bewusstes Erhalten der Namen, eine Thematisierung vor Ort, eine Aufarbeitung in der Schule, usw. - all das wäre möglich gewesen. So wie die Diskussion von interessierter Seite jedoch betrieben wurde, hat man diese Chance bewusst und leichtfertig vertan.

Einwohnerversammlungen in Bamenohl, Heggen und Finnentrop

Bürgermeister Heß und die Verwaltung setzen die Reihe der Einwohnerversammlungen in den Orten fort. Anfang Februar war es in Bamenohl, Heggen und Finnentrop wieder so weit. So konnten insgesamt nahezu 800 Interessierte erneut Informationen aus erster Hand bekommen. Neben den gemeindeweiten Themen Finanzen, demographische Entwicklung und Trinkwasseraufbereitung standen natürlich hauptsächlich die Angelegenheiten des jeweiligen Ortes im Mittelpunkt. Darüber hinaus referierte in allen drei Veranstaltungen Herr Kriminalhauptkommissar Michael Klein vom Kommissariat Kriminalitätsvermeidung in Olpe zum Thema Prävention und Einbruchssicherheit.

Neuigkeiten aus dem Rathaus

09.02.2014 | 13:48 Uhr



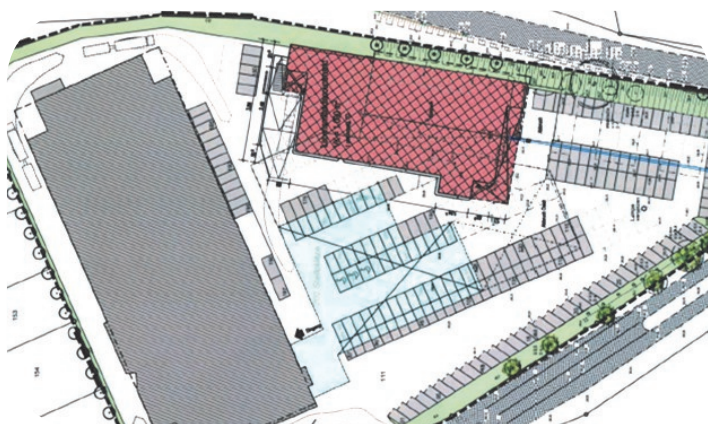
Rund 300 Heggener Bürger waren der Einladung der Gemeinde Finnentrop in die Schützenhalle gefolgt.
Foto: Sander-Graetz, Barbara

Der Westen 09.02.2014

Berichtet wurde u. a. über die Planungen zum Bau eines Aldi-Marktes in Bamenohl und die Möglichkeit, dort im Bereich des Sportplatzes und der Tennisplätze zusätzliche Parkplätze zu schaffen.

Das Gewerbegebiet Wiethfeld wurde genauso vorgestellt wie die Radwegeplanung, Überlegungen zur weiteren Wohnbebauung sowie Pläne zum Hochwasserschutz und zum Umgang mit der Windkraft. Die Möglichkeit, nach der Präsentation Fragen zu stellen und in eine Diskussion zu gelangen, rundete die jeweilige Veranstaltung ab.

Nachfolgend noch einige Impressionen:



Finnentrop CDU gut aufgestellt - viele neue Kandidaten in den Orten

Dr. Peter Liese zu Gast in Bamenohl

Kommunalwahl 2014
Gemeinsam erfolgreich. Die Mannschaft macht's.



Mitgliederversammlung im Gasthof Weißenberg mit den Gästen Dr. Peter Liese MdEP und Theo Kruse MdL

Die CDU in der Gemeinde Finnentrop hat ihre Mannschaft für die Kommunalwahl im nächsten Jahr stehen. In der Versammlung im Rittberger Hof in Bamenohl wählten die Mitglieder Frauen und Männer, die mit beiden Beinen in der Bevölkerung verankert sind.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Vorfeld in den einzelnen Orten nominiert: sie kommen aus dem jeweiligen Ort, sie wohnen dort, sind dort vielfach engagiert, kennen die Verhältnisse im Ort - und sind selber bekannt.

Über ein Drittel der Mannschaft tritt erstmals an, der Anteil der jüngeren Kandidaten und der Frauen konnte deutlich erhöht werden. In den Wahlbezirken kandidieren im Einzelnen:

Heinz Müller (Rönkhausen 1), **Ralf Helmig** (Rönkhausen 2), **Simone Schulte** (Lenhausen), **Ralf Beckmann** (Finnentrop 1), **Dirk Leibe** (Finnentrop 2), **Andreas Hasenau** (Finnentrop 3), **Achim Henkel** (Bamenohl 1), **Gregor Flamme** (Bamenohl 2/Weringhausen), **Petra Beule** (Bamenohl 3), **Marco Rinscheid** (Schönholthausen), **Martin Hageböck** (Ostentrop), **Burkhard Hömberg** (Fretter 1), **Christiane Höveler** (Fretter 2), **Werner Hüttemann** (Serkenrode/Schlprüthen), **Bernadette Gastreich** (Heggen 1), **Wolfgang Drixelius** (Heggen 2) und **Manfred Schloßmacher** (Heggen 3).

Auf weiteren vorderen Listenplätzen stehen:

Hubertus Stipp (Heggen), **Martin Willeke** (Bamenohl), **Edgar Tiggemann** (Fretter), **Simone Hesener** (Lenhausen), **Helena Hasenau** (Finnentrop) und **Andre Sondermann** (Heggen).

Für den Kreistag kandidieren:

Hans-Georg Cremer aus Rönkhausen, **Hubertus Stipp** aus Heggen und **Uli Tönnemann** aus Ostentrop sowie auf der Reserveliste **Hildegard Hansmann-Machula** aus Weringhausen und **Anne Gastreich** aus Heggen.

Am 25. Mai sind jedoch nicht nur Kommunalwahlen, sondern auch Europawahlen. Unser Europaabgeordneter **Dr. Peter Liese** nutzte die Gelegenheit zu einem Besuch unserer Versammlung in Bamenohl genauso wie unser Landtagsabgeordneter und CDU-Kreisvorsitzender **Theo Kruse**.

Rundfahrt durch die Gemeinde Finnentrop—Einladung an die Senioren in der Gemeinde

Freitag, 9. Mai 2014

Ab 14.30 Uhr starten die Busse in den verschiedenen Orten der Gemeinde Finnentrop.

Alle interessanten Ziele werden angesteuert, u. a. Mensa, Lennepark, Gewerbegebiet Wiethfeld. Der CDU-Fraktionsvorsitzende und der CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende informieren während der Fahrt.

Nach der Rundfahrt laden wir in die Schützenhalle Weringhausen zu Kaffee und Kuchen ein.

Gast: Europaabgeordneter Dr. Peter Liese

Gegen 19.00 Uhr bringen die Busse die Teilnehmer in

die Wohnorte zurück.

Anmeldungen nehmen Bernadette Gastreich, Tel. 02721/50733, oder jeder örtliche CDU-Kandidat gerne entgegen.

